

Anfrage

der Grünen – ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 14.04.2016

von

GRⁱⁿ Mag.^a Astrid Polz-Watzenig

Betrifft: Info-, Beratungs- und Begegnungszentrum für bettelnde Menschen und Grazer BürgerInnen – Aktivitäten seitens Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Vor einem Jahr präsentierten Sie gemeinsam mit dem Menschenrechtsbeirat den Vorschlag, ein Info-Beratungs- und Begegnungszentrum für bettelnde Menschen und Grazer BürgerInnen zu initiieren. Dieser Vorschlag wurde sowohl medial sehr positiv kommentiert, als auch von politischen VertreterInnen anderer Bundesländer mit großem Interesse aufgenommen.

Leider sind wir seit nunmehr einem Jahr der Realisierung keinen Schritt näher gekommen. Die Frage der Finanzierung einer solchen Einrichtung wurde von Ihnen an die Klubobleutekonferenz delegiert, die sich jedoch klar als nicht zuständig sieht und als informelles Gremium auch keinerlei Beschluss- oder Umsetzungskompetenz hat. Weiters verknüpften Sie die Umsetzung der Stelle mit der Bedingung einer Registrierungspflicht für bettelnde Menschen. Entsprechende Anläufe zu einer entsprechenden Novelle des Landessicherheitsgesetzes liefen jedoch – auch weil von der ÖVP auf Landesebene sowie dem Innenministerium nicht unterstützt – ins Leere.

Bei dem Hin- und Herschieben der Verantwortung bleiben nach wie vor bettelnde Menschen auf der Strecke. Insbesondere bei der Einhaltung der Schul- und Kindergartenpflicht gibt es deutliche Defizite, die wohl auch mit mangelndem Engagement der Stadt in diesem so wichtigen Bereich zu tun.

Letzte Woche wurde europaweit wieder der Tag der ROMA begangen, und ja, die meisten bettelnden ArmutsmigrantInnen in Graz sind nach wie vor Roma. Deshalb fordere ich Sie, Herr Bürgermeister auf, endlich das Info- Beratungs- und Begegnungszentrum für bettelnde Menschen und Grazer BürgerInnen

umzusetzen. Der Zugang zu Bildungsangeboten bzw. die Einhaltung der Kindergarten- und Schulpflicht sind extrem wichtig, da sie Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe fördern. Auch hier sehen wir Sie als Bürgermeister, aber auch die StadträtInnen Schröck und Hohensinner in der Verantwortung. Das angekündigte Beratungszentrum könnte auch hier eine Schlüsselrolle in der Vermittlung bilden.

Weiters könnte ein solches Zentrum auch einen wichtigen Beitrag zur Vermittlung bei Konflikten im öffentlichen Raum zwischen PassantInnen/Geschäftstreibenden etc. und bettelnden Menschen leisten.

In diesem Sinne, sehr geehrter Herr Bürgermeister, richte ich an Sie folgende

Anfrage

Welche Schritte werden Sie setzen, um die in ihrem Auftrag erarbeitete Lösungsstrategie für einen menschenrechtskonformen Umgang mit bettelnden Menschen einer Umsetzung näherzubringen?